

Lucerner Tagblatt



Der Welt größte Skulptur

Aus einer steilen, kahlen Wand des Stone Mountain (Georgia) geschlagen und geschliffen, nimmt die größte Skulptur der Welt langsam Form an: die Figuren des US-Präsidenten Jefferson Davis, des Südstaatengenerals Robert E. Lee und des Föderierten-Generals Stonewall Jackson aus dem amerikanischen Bürgerkrieg erheben hier in 60 Meter Breite und über 20 Meter Höhe. An diesem monumentalen Werk wird seit 1958 gearbeitet. Es soll im Jahr 1970 vollendet sein. Keystone

Käse-Export unter der Lupe 3
Der Fall Buff
zieht weitere Kreise 10 und LM
Startvorbereitungen
für «Apollo 9» LM

Die Uno: Kriegstreiber statt Friedensstifter

Mit der Verurteilung Israels durch den Uno-Sicherheitsrat hat eine neue Phase im Nahost-Konflikt begonnen. Der Entscheid ist erstaunlicherweise einstimmig erfolgt. Sämtliche Ratsmitglieder wandten sich mit Schärfe gegen Israels überfallartige Aktion, durch die auf dem Flughafen der libanesischen Hauptstadt Beirut 13 Flugzeuge zerstört worden sind. Jerusalem hatte den Sicherheitsrat ersucht, nicht nur über diesen «Vergeltungsschlag» zu Gericht zu sitzen, sondern ebenso das diesem vorausgegangene arabische Attentat gegen ein israelisches Verkehrsflugzeug in Athen in die Beratungen mit einzubeziehen.

Das alles hindert die arabischen Staatsmänner jedoch nicht, grundsätzlich jede Verantwortung für die Terrorakte ihrer Schützlinge abzulehnen. Und wenn jeweils von Israel aus zu Repressalien gegen einen Nachbarstaat geschritten wird, von dem aus gegen Israel eine Aktion unternommen worden war, dann erhebt sich allgemeines Wutgeschrei: Israel wird als «Angreifer» und «Friedensbrecher» hingestellt, man führt laute Klage in Sicherheitsrat und sorgt mit vereinten Kräften für Verurteilung des angeblichen Missetäters...

Brandgefahr des nächsten Krisen-zentrums. In den letzten Tagen sind denn auch intensive bilaterale Konsultationen in Gang gekommen. Die Amerikaner, Russen, Engländer und Franzosen möchten eine direkte Verwicklung in den arabisch-israelischen Konflikt unter allen Umständen vermeiden. Andererseits erscheint es als unmöglich, eine alle Streitparteien befriedigende Nahost-Regelung zu finden: Die Sowjets werden den Arabern ihre Unterstützung nicht entziehen können, sonst verlieren sie dort ihren ganzen Einfluß. Die arabischen Führer wiederum riskieren, gestürzt oder ermordet zu werden, wenn sie die Partisanen fallenlassen, die im Volk größte Sympathien genießen. Brüche ein Diktat der Großmächte die gewünschte Lösung? Kaum. Die Palästinenser-Organisationen würden sich nicht daran gebunden fühlen, sondern noch mehr als schon bisher Politik auf eigene Faust treiben. Von einem Diktat will aber auch Israel nichts wissen, das seit jeher auf direkte Gespräche mit seinen Kriegsgegnern von 1967 gedrängt hat.

Mit anderen Worten: Die Araber spielen hier ein Doppelspiel, das man als hinterhältig und feige bezeichnen muß. Was man aber vollends nicht verstehen kann, ist die Haltung der Uno, wo man die Augen vor den Tatsachen verschließt. Noch kein einziges Mal hat man sich im Sicherheitsrat zu einer Verurteilung der arabischen Guerilla-Methoden aufgerafft, obwohl doch sonnenklar ist, daß diese die alleinige Ursache für Israels Vergeltungsschläge bilden. Und ebenso bekannt ist, daß sich Israel schon unzählige Male zu Friedensgesprächen mit den Arabern bereit erklärt hat, daß diese jedoch davon überhaupt nichts wissen wollen.

Angesichts dieser fatalen Situation, aus der niemand einen Ausweg weiß, empfindet man das «Interregnum» im Weißen Haus als zusätzliche Behinderung. Vielleicht werden Johnson und Nixon noch vor dem 20. Januar zusammenkommen müssen, um die Nahostpolitik der USA gemeinsam festzulegen. Erwin Haefeli

Vor dem Wechsel im Weißen Haus

Erhöhtes Gehalt für Nixon
Washington, 3. Jan. (UPI) Der neugewählte amerikanische Präsident Richard Nixon soll nach dem Willen führender Politiker des US-Kongresses ein größeres Gehalt beziehen als seine Vorgänger. Der Kongreß soll so bald wie möglich ein Gesetz über die Verdoppelung des Jahresgehaltes des Präsidenten beschließen. Nixon würde dann 200 000 Dollar im Jahr verdienen. Politische Beobachter rechnen jedoch damit, daß der Kongreß noch einige Abstriche an dieser Summe vornehmen wird.

nen, wie die Bundeskommission für Verkehr und Uebermittlung am Donnerstag bekanntgab. Andere politische Gruppen, wie die Partei von George Wallace, gaben nur 681 490 Dollar für die entsprechenden Zwecke aus. Die Kandidaten für die Präsidentschaft und die Vizepräsidentschaft erschienen insgesamt 96 Stunden und elf Minuten am Bildschirm.

McCormack bleibt Präsident des Repräsentantenhauses

(DPA) Der 77-jährige Demokrat John McCormack wird Präsident des Repräsentantenhauses bleiben. Ein Versuch junger demokratischer Abgeordneter, ihn wegen seines hohen Alters abzulösen und durch eine jüngere Kraft zu ersetzen, scheiterte in einer Sitzung der Fraktion. Der 46 Jahre alte Abgeordnete Morris Udall hatte sich gegen McCormack aufstellen lassen, erhielt aber bei der Abstimmung nicht einmal ein Drittel der Stimmen des Präsidenten. Nach dieser Vorentscheidung in der demokratischen Fraktion wird McCormack am Freitag nach Beginn der diesjährigen Kongresssitzung formell als Präsident bestätigt werden.

Nach der Verfassung können die Bezüge des US-Präsidenten nicht während seiner Amtszeit erhöht werden. Das bedeutet, daß ein Gesetz über die «Gehaltserhöhung» für Nixon noch vor dem 20. Januar, dem Tag der Amtseinführung, verabschiedet werden muß.

Kostspielige Präsidentschaftskampagne

(AFP) Während die Demokraten für ihre Propagandafeldzüge am Fernsehen zugunsten ihrer Präsidentschafts- und Senatskandidaten sowie Gouverneursposten rund drei Millionen Dollar ausgaben, kamen die entsprechenden Ausgaben der Republikaner auf fünf Millio-

Andrerseits habe diese Intervention auch eine Gegenreaktion ausgelöst. Denn, so erklärte der kanadische Premier, manche französischen Kanadier liebten es nicht, wenn ein Franzose oder irgendjemand anderer sich in die kanadischen Angelegenheiten einmische und uns sage, «welcher Art von Verfassung wir haben müssen». Somit habe Frankreich seiner eigenen Sache eher geschadet, was er — Trudeau — als Französischkanadier nicht gern sehe, da seiner Ansicht nach Kanada mit Frankreich möglichst gute Beziehungen unterhalten sollte.

Trudeaus Sorgen mit de Gaulle

London, 3. Jan. ag. (R) Der kanadische Premierminister Pierre Trudeau erklärte am Donnerstagabend, Präsident de Gaulle habe die Sache der kanadischen Einheit beträchtlich verzögert. In einem Fernsehinterview wurde er über seine Meinung zu de Gaulles Identifikation mit den französischen Separatisten vor 18 Monaten befragt. Trudeau meinte dazu, die Haltung General de Gaulles habe ihm große Schwierigkeiten bereitet.

Doch habe die Stellungnahme des französischen Präsidenten für Kanada auch beträchtliche Probleme gebracht, da de Gaulle besonders im reichen Bürgertum großen Einfluß besitze. Einige Französischkanadier, die an Separatismus denken, hätten gehofft, von Frankreich Hilfe zu erhalten. Allerdings seien diese Kreise nicht sehr zahlreich. Trudeau meinte, es habe keinen Sinn wenn er versuche, de Gaulles Meinung zu ändern. Andere hätten dies bereits erfolglos versucht.

Deutsch-tschechoslowakischer Grenzzwischenfall

München, 3. Jan. ag. (DPA) Mehrere CSSR-Grenzsoldaten haben am Freitag einen Flüchtling mit Gewalt von westdeutschem Gebiet zurückgeholt. Wie das Innenministerium Bayerns mitteilte, beobachtete eine durch Schüsse und Hilferufe alarmierte Streife der deutschen Grenzpolizei im Landkreis Tirschenreuth (Bayern) mehrere tschechoslowakische Grenzsoldaten, die sich etwa 600 Meter auf westdeutschem Gebiet befanden. Die Soldaten, die erreichten durch ein Waldstück unbehelligt wieder die CSSR. Am Waldrand fand die Grenzstreife einen abgerissenen Jackenärmel, Teile einer Hose und das gefüllte Magazin einer Maschinenpistole. Der Flüchtling war wahrscheinlich von einem Hund gestellt und zu Boden geworfen worden.

Zu den andern Problemen der kanadischen Außenpolitik äußerte sich der Premier dahin, daß er die Möglichkeit nicht ausschließen wolle, daß Kanada sich eines Tages aus der Nato zurückziehen werde.
Zum Problem China erklärte er, Kanada sei im Prinzip für die Anerkennung der Volksrepublik China, doch sei die Frage Taiwans zwischen Ottawa und Peking noch nicht gelöst worden. Auch sei es für Kanada unter den gegebenen Umständen nicht möglich, eine von den USA total verschiedene Außenpolitik zu führen.

Die bayrischen Grenzbehörden haben gegen den schweren Zwischenfall offiziell protestiert. An einem Treffen zwischen bayrischen Grenzbeauftragten und tschechoslowakischen Grenzzoffizieren bedauerten die Tschechen nach Mitteilung des westdeutschen Zollgrenzdienstes den Vorfall und versicherten, daß sich Ähnliches nicht wiederholen werde.

Die Araber haben den Sechstagekrieg vom Juni 1967 verloren, und sie wissen, daß sie einen neuen Krieg gegen Israel nicht riskieren können. Nasser hat selber eingestanden, daß ein neuer Waffengang für Ägypten «Selbstmord» bedeuten würde. Den Kampf haben sie aber nicht im entferntesten aufgegeben, nur die Taktik haben sie geändert: Es wurden mehr als ein Dutzend palästinensischer Geheimbünde gebildet, die sich der Unterstützung der Araberstaaten erfreuen, von diesen ausgerüstet und finanziert werden. Ihre Aufgabe ist es, gleichsam «privat» kriegsähnliche Operationen durchzuführen, durch Ueberfälle, Legen von Bomben und Minen, durch Mord und Totschlag in Israel Unsicherheit zu verbreiten, das Land in ständigen Alarmzustand zu versetzen und seine Wirtschaft zu ruinieren. Daß die PFPL ihr Hauptquartier in Beirut

Daß der Sicherheitsrats-Entscheid dem Nahost-Frieden einen denkbar schlechten Dienst erwies hat, liegt auf der Hand. Die Araber fühlen sich ermutigt, ihren Feinden weiterhin ungestraft das Leben erschweren zu können. Der Rat hat es auch nicht für nötig gefunden, Israel einen Weg zu weisen, wie es sich der palästinensischen Terrorakte erwehren soll.

Vietkong-Anschlag bei Da Nang

Zwölf Todesopfer und 19 Verwundete
Saigon, 3. Jan. (UPI) Zu dem bisher folgenschwersten Ueberfall der Vietkongs seit der Einstellung der Bombardierung Nordvietnams durch die Amerikaner ist es nahe der Stadt Da Nang in Südvietnam gekommen. Eine Mine explodierte inmitten von Zivilisten, die als Angestellte bei den US-Streitkräften arbeiteten. Der Anschlag forderte zwölf Menschenleben und 19 Verwundete. Die Zivilisten hatten an einem Treffpunkt 56 Kilometer südwestlich von Da Nang auf einen amerikanischen Armeelastwagen gewartet, der sie zu ihren Arbeitsstellen bringen sollte.

Pariser Konferenz bleibt blockiert

Paris, 3. Jan. ag. (AFP) Der stellvertretende amerikanische Delegationsleiter in Paris, Vance, unterhielt sich während über vier Stunden mit seinem nordvietnamesischen Kollegen Ha Van Lan. Die Verhandlungen über Verfahrensfragen, namentlich die Form des Konferenzsitzes, scheiterten jedoch.



Viel Pflichtbewusstsein für 1969

Hans Geisen - Copyright by Cosmopress, Gené